

Antrag

der Abgeordneten Annette Groth, Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Raif Badawi sofort freilassen – Völkerrechtswidrige Strafen in Saudi-Arabien abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag verurteilt entschieden die von einem saudi-arabischen Gericht gegen den Blogger und Menschenrechtsaktivisten Raif Badawi verhängte Strafe von 1000 Peitschenhieben und 10 Jahren Haft. Dieses Urteil ist barbarisch. Raif Badawi hat in seinen regierungskritischen Kommentaren die Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit verteidigt und Missstände im Land aufgezeigt. Dafür dankt ihm der Deutsche Bundestag.

Das saudi-arabische Rechtssystem ist noch immer in weiten Teilen rückständig und mit einer humanen und menschenrechtlich verantwortbaren Justiz nicht zu vereinbaren. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Regierung von Saudi-Arabien, dass sie sich für eine Reform der Rechtsordnung und des Justizsystems einsetzt und alle Strafen, die gegen internationale Konventionen verstoßen, sofort abschafft.

Saudi-Arabien gilt der Bundesregierung als strategischer Verbündeter. Von einem strategischen Verbündeten muss jedoch eingefordert werden, dass er elementare Grundrechte und Menschenrechte nicht mit Füßen tritt. Mit der Unterstützung der Regierung Saudi-Arabiens stützt die Bundesregierung aufgrund von Handelsinteressen und geostrategischen Überlegungen eine der reaktionärsten und undemokratischsten Regierungen in der Region.

Der Deutsche Bundestag erwartet, dass sich die Bundesregierung endlich öffentlich gegen das barbarische Justizsystem in Saudi-Arabien wendet und sich für eine Demokratisierung und Öffnung des Landes einsetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die sofortige Freilassung von Raif Badawi und die Aufhebung des gegen ihn verhängten Urteils einzusetzen;
2. den deutschen Botschafter in Saudi-Arabien zu beauftragen, Raif Badawi im Gefängnis zu besuchen;

3. sich für die Bildung einer hochrangigen internationalen Delegation einzusetzen, die sich in direkten Gesprächen mit der saudi-arabischen Regierung für die Freilassung von Raif Badawi einsetzt;
4. die enge sicherheitspolitische und rüstungspolitische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien auszusetzen, bis sich das Land zur Einhaltung menschenrechtlicher und demokratischer Standards verpflichtet und
5. Raif Badawi in Deutschland Asyl anzubieten und, so er dies wünscht, sich gegenüber der Regierung von Saudi-Arabien dafür einzusetzen, dass ihm Reisefreiheit gewährt wird.

Berlin, den 27. Januar 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion